

Widersetzlichkeit in den Niederlanden - Anmerkungen zu einer Spielart der politischen Kultur

Die Niederlande und Belgien, zwei aneinander grenzende, bis 1830 noch in staatsrechtlicher Einheit miteinander verbundene Staaten, zeichneten sich inmitten einer von Revolution geprägten europäischen Umwelt durch revolutionäre Abstinenz aus - der nördliche Landesteil, die ehemalige Republik stärker noch als der Süden. Sieht man von relativ unbedeutenden, auf ganz wenige Tage beschränkten Demonstrationen in einigen Städten ab, dann gilt die Beobachtung, daß weder die gesellschaftliche noch die staatliche Ordnung auch nur annähernd gefährdet war. Und dies ist um so auffälliger, je mehr man sich mit dem europäischen Umfeld befaßt, das 1848 in dem von der Achse Berlin, Paris, Wien und südlich der Alpen erfaßten Raum weitestgehend von revolutionärem Geschehen geprägt war. Dabei ist es hier unerheblich, ob soziale, politische oder konstitutionelle Fragen oder eine Mischung von allen dreien die Ziele steckten und die Ereignisse bestimmten.

Die mit Blick auf das europäische Umfeld durchaus als Besonderheit zu apostrophierende revolutionäre Abstinenz ist hier nicht auf ihre Ursachen hin zu untersuchen - am Ende des Beitrages sollen lediglich einige Hinweise gegeben werden - vielmehr sei, begrenzt auf die (nördlichen) Niederlande, die Enthaltensamkeit in revolutionärer Zeit in Erinnerung vor allem an den aufständischen Charakter der Staatswerdung oder an die gegenüber 1848 in nicht allzu ferner Vergangenheit liegende Bewegung der Patrioten, aber schließlich auch mit dem Fingerzeig auf die vorrepublikanische Zeit die Rolle von Widersetzlichkeit im Leben dieses Kulturraums im europäischen Nordwesten thematisiert. Das vermag - der Ansatz sei nur als Impuls für gründliche Forschung verstanden - möglicherweise Einsichten in den Charakter der politischen Kultur zu vermitteln, Grundlagen für Ländervergleiche zu schaffen und schließlich auch einen Beitrag zur Revolutionstheorie zu vermitteln, deren Erarbeitung zur Zeit wohl nicht mehr - wie einst - zu den modischen Themen der Geschichts- und Politikwissenschaft zählt.

Die Republik, so ist geschrieben worden, sei aus der Verneinung geboren. Verneinung, das heißt hier Auflehnung gegen die spanische Herrschaft und den mit dieser Herrschaft eng verbundenen Zwang zum katholischen Glauben. Es war der Kampf gegen zwei Mächte, von denen die weltliche sich nicht um die Rechte und Privilegien der niederländischen Städte und Territorien scherte, die geistliche eben kein anderes Bekenntnis neben sich duldete. Der Kampf, der zunächst nur aus örtlichen Aufständen bestand und dann in einen regelrechten Krieg mündete, endete 1648 nach 80 Jahren mit einem Sieg der Niederländer. Aber solche Widersetzlichkeit hatte schon Tradition. Der Aufstand sei als Höhepunkt einer schon alten Konfliktbereitschaft charakterisiert, die in dieser Städtelandschaft des burgundisch-habsburgischen Kulturraums lebte. Nun haben neuzeitliche Untersuchungen ausgewiesen, daß Unruhen, gleichviel ob auf dem Lande oder in der Stadt, offensichtlich auch zu den Ingredienzen des territorialen politischen Lebens im Alten Reich gehörten. "Zu Beginn des 16. Jahrhunderts läßt sich in den Städten eine ungewöhnliche Zunahme von Revolten feststellen, die während der frühen Reformationsjahre bis 1525 anhält ... Schon die Häufung der Unruhen in den

frühen 20er Jahren läßt darauf schließen, daß die Reformation die Energien freisetzt, die die Städte erschütterten". (Blickle) Was hier für die deutschen Territorien ermittelt wurde, läßt sich - zumindest was die Häufigkeit der Konflikte, letztlich aber auch die Motivation angeht - durchaus für die niederländischen Gebiete anwenden, für einen kleinen, mit Städten gespickten Raum und mit einer ausgemacht guten Infrastruktur. Im Unterschied zum Reich bewegten sich diese Konflikte freilich völlig abseits jeder religiösen Motivation. Sie gehörten gleichsam zum Strukturmerkmal der niederländischen Landschaft. Es ging hier um kampfreiche Fehden zwischen Adelshäusern, um innerstädtische Konflikte zwischen unterschiedlichen Sozialgruppen und insgesamt um die Konflikträchtigkeit und immer akute Konfliktbereitschaft im Verhältnis des Territorialherrn zu einer hoch entwickelten Städtelandschaft. Dabei hingen die beiden letztgenannten Motivationskerne häufig eng miteinander zusammen. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf den Kampf zwischen den Adelsgeschlechtern "Hoeken" und "Kabeljauwen", der nach dem Tod Graf Wilhelms IV von Holland ausbrach, allmählich auch die Städte in den Zwist einbezog und sich bald nach Utrecht und Gelderland ausdehnte. Es ist in der jüngsten niederländischen Geschichtsschreibung befunden worden, daß es sich hierbei ganz wesentlich um die Fehde als Ersatzhandlung eines durch moderne Kriegführung allmählich überflüssig werdenden Rittergeschlechts gehandelt habe (H.P.H. Jansen), etwa unter dem Motto, daß die Verlängerung der Fehde auch das Existenzrecht des Ritters verstärkt nachweise; gleichwohl sei doch darauf hingewiesen, daß, soweit die Städte in diesem Streit erfaßt waren, durchaus auch Fragen der Konstitution, des Verhältnisses von Landesherr und Ständen, auf der Tagesordnung standen. Für die vor- und frühburgundische Zeit läßt sich der Konfliktreichtum schon nachweisen, bei dem sich Ludwig von Nevers, der Graf von Flandern, im englisch-französischen Krieg für seinen französischen Lehnsherrn entschied, während der Genter Patrizier und Volksführer Jacob van Artevelde das flämische Städteregiment übernahm und Flandern entsprechend der Interessenlage seiner Tuchindustrie auf England hin ausrichtete, um das englische Wollausfuhrverbot von 1338 zu überwinden. Das Interesse der Landschaft, vertreten durch die Städte, rangierte vor der feudalen Verpflichtung. Wenige Jahrzehnte später folgte die landesherrlich-städtische Kraftprobe im Genter Aufstand, der zwischen 1379 und 1385 die flämische Politik beherrschte und schließlich unter Einbeziehung starker französischer Kräfte durch den Territorialherrn mit der Niederlage Gents und der Tuchweber sowie anderer sozialer Schichten in Brügge und Ypern endete. Verstoß gegen Privilegien war der Anlaß; wie konnte es anders sein in dieser Privilegienwelt. Gleichwohl ging es um mehr. Von städtischer Seite sollte dem eher defensiv gerichteten Schutz der Privilegien noch die mehr offensiv kalkulierte Beschränkung der gräflichen Gewalt durch Überwachung der gräflichen Beamten beigegeben werden. Die flämischen Städte haben sich trotz zwischenzeitlicher Gewinne unter Philipp van Artevelde, dem Sohn Jacobs, nicht durchsetzen können, aber die Niederlage gegen den Territorialherrn, am Ende eben Philipp den Kühnen, bedeutete doch nur einen Aufschub, keinen Abschluß der gewaltsamen Auseinandersetzungen. Philipp der Gute etwa hat mit Gent beim Aufstand von 1451/53 ähnliche Erfahrungen machen müssen. Wieder war die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Landesherrn und privilegierter Stadt der Zankapfel, und es war zu jedem Augenblick eigentlich völlig unerheblich, ob Patrizier, Tuchweber oder kleine Handwerker die Stadt im Griff hatten. Anlaß zum Aufstand waren die Maßnahmen Philipps bei der Erneuerung des Magistrats. Die Revolte endete neuerlich mit einer

vernichtenden Niederlage der Auführer, die von den anderen flämischen und auch holländischen Städten alleingelassen wurden. Lediglich in Rotterdam scheinen Unruhen im Zusammenhang mit den Genter Ereignissen aufgetreten zu sein. Daß die Städte der Grafschaft Holland sich nicht rührten, dürfte auf neue Privilegien zurückzuführen sein, die Philipp der Gute diesen Städten im Tausch für die Bewilligung einer Zehnjahresbede zugestand. So erwies sich städtische und regionale Sucht nach einer Stabilisierung und Erweiterung des eigenen Privilegienbestandes durchaus auch als Schwäche.

Der Habsburger Maximilian hat diese Konfliktbereitschaft der flämischen Städte sehr rasch zu spüren bekommen. Unter der Führung Gents widersetzten sie sich dem Habsburger in einem Kampf, in dem sich Landschaft und Herrschaft voll gegenüberstanden. Die Stadt Brügge unternahm es sogar, Maximilian gefangenzusetzen - eine Maßnahme, die europaweites Aufsehen erregte -, und die ursprünglich von Maximilians Sohn Philipp nach Mecheln einberufenen, dann aber auf Geheiß des aufständischen Gent in Brügge zusammenkommenden Stände von Brabant, Hennegau, Holland, Seeland, Namur und Flandern einigten sich 1488 in einem Vertrag mit Maximilian, in dem der Friede von Atrecht (Arras) bestätigt wurde (Anlaß des Konflikts), ein jährliches Versammlungsrecht der Generalstände sowie die Forderung enthalten war, daß der Landesherr weder Krieg erklären noch Frieden schließen durfte ohne die Zustimmung der Generalstände. Hier ging es nicht nur um Privilegien, sondern um eine weitreichende politische Mitbestimmung. Es sei hinzugefügt, daß der ganze Konflikt insofern noch Weiterungen hatte, als durch Parteinahme Philipps von Kleve für die niederländischen Städte der Genter Rahmen überschritten wurde. Es sei hier im einzelnen die Entwicklung nicht weiter verfolgt, aber abschließend ist zu diesem Konflikt zu sagen, daß er dennoch mit einer Stärkung der zentralen Macht des Landesherrn endete (Cadzander Frieden von 1492). Daß der Landesherr nach dieser Regelung wieder vollen Zugriff auf die Zusammenstellung der Stadtregimenter in Flandern und Brabant erhielt, mag als eine Bestimmung angemerkt werden, die in sich den Kern zu neuen Konflikten barg.

Insgesamt ist es richtig, wenn darauf hingewiesen wird, daß nach dem maximilianischen Zugriff es keiner Stadt mehr gelungen ist, einzelne Territorien oder Städte in einen allgemeinen Aufruhr gegen den Landesherrn aufzubringen, aber Karl V. und seine Generalstatthalterin Maria von Ungarn blieben von den von Gewalt getragenen Unruhen nicht ganz verschont, vor allem als Gent - seit der Thronbesteigung Karls nachgerade permanent unruhig - sich 1537 weigerte, sich an der von den Generalständen bewilligten Bede von 300.000 Gulden für den Krieg gegen Frankreich zu beteiligen. In der Begründung sprachen die Städter von "schlechten Zeiten, den schlechten Geschäften, dem geringen Gewinn und den noch laufenden Beden". Die Stadt behinderte die Eintreibung des auf sie entfallenden Betrages nicht nur innerhalb der eigenen Mauern, sondern auch im Umland (Kwartier van Gent). Dieses Umland umfaßte ganz Ostflandern, und Gent betrachtete das Gebiet als der eigenen Kompetenz unterworfen. Bei der Ablehnung einer neuerlichen Bede 1538 schrieb Maria von Ungarn dann an den Kaiser: "Es handelt sich hier darum, ob Eure Majestät Herr oder Diener sein wird." Was zunächst dann wie ein purer Rechtsstreit aussah, entwickelte sich rasch zu einer gewaltsamen Unternehmung, bei der es um mehr als nur den privilegiengestützten Widerstand von Stadtbürgern gegen den Landesherrn ging. Vielmehr lagen die Ursachen tiefer in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Stadt, die dann zu scharfen innerstädtischen sozialen Auseinandersetzungen führte.

Hier trat der Fall ein, daß eben jene, die zunächst den Widerstand gegen die Einziehung der Bede mitveranlaßt hatten, der Bewegung nicht mehr Herr werden konnten, die auch auf die Städte Aalst, Kortrijk und Oudenaarde übergriff. Zu Recht ließ Maria von Ungarn dann über "Herr" und "Diener" schreiben, da es tatsächlich um die Alternative städtische Autonomie oder Wahrung der landesherrlichen Gewalt ging. Die Gründe für die Niederlage der Bewegung gegen Karl V. sind hier nicht zu erörtern. Jedenfalls gelang es dem Landesherrn, die Stadt zu besetzen, die Ordnung wiederherzustellen und diese Kommune aller Privilegien für verlustig zu erklären. Eine ähnlich Beschneidung städtischer Freiheiten erfolgte in Kortrijk, Oudenaarde, Geraardsbergen, Ninove, Ronse und Deinse.

Aber nicht nur die südlichen Territorien kannten zahlreiche Konflikte. Abgesehen vom Kampf der Hoeken und Kabeljauwen brach vor der Zeit Karls V. der Aufstand des sogenannten "Kaas- en broodvolks" aus, ein bewaffneter Aufstand von Bauern sowie städtischem und ländlichem Proletariat in der Grafschaft Holland, der von Haarlem aus die Grafschaft erfaßte und erst vor Leiden zerschlagen wurde (1491/92). Er fiel genau in die Zeit des maximilianischen Krieges gegen den mit dem aufständischen Gent verbündeten Philipp von Kleve. Hier spielten wirtschaftliche Rezession, Kapitalflucht aus dem platten Lande, Arbeitslosigkeit in Stadt und Land, Steuerdruck und Gegensatz zum städtischen Patriziat eine erhebliche Rolle. Die folgenden zahlreichen städtischen Unruhen in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts mochten dann nicht die Genter Ausmaße annehmen, aber sie weisen doch auf die geringe Festigung der zentralen Autorität und der Autorität überhaupt, sobald die traditionellen Führungsschichten nicht mehr in der Lage waren, wirtschaftsstrukturelle oder konjunkturelle Schwierigkeiten zu meistern, soweit dieser Führungsaufbau auf früherer politischer Ausschaltung anderer sozialer Gruppen beruhte und sobald solche verhärteten Strukturen den aufgrund der wirtschaftlichen Kompetenz gerechtfertigt erscheinenden Aufstieg neuer Bürgerschichten hemmten. In Deventer und Utrecht zum Beispiel kehrten sich die Bürger gegen eine Erhöhung der städtischen Abgaben beziehungsweise gegen die Senkung des Zinsfußes für Kriegsschulden. Im seeländischen Zierikzee standen die Fischer gegen die städtische Oligarchie auf. In Kampen an der IJssel widersetzten sich 1519 die Zünfte wegen der hohen Abgaben und der Undurchlässigkeit der Verwaltungs- und Rechtskollegien, die sich jährlich durch Kooptation ergänzten. Der Erfolg der Zünfte war hier wie in anderen Städten insgesamt recht wechselhaft. Gerade im Zusammenhang mit dieser Gruppe ist auf die Ereignisse in 's-Hertogenbosch, Groningen und Utrecht hinzuweisen. Jedenfalls war die innere Pazifikation in der habsburgischen Monarchie noch lange nicht abgeschlossen. Vor dem großen Genter Aufstand zeigte sich schon zwischen 1528 und 1532 ganz deutlich die Verquickung von antizentralistischer Politik führender städtischer Schichten und innerstädtischen sozialen Auseinandersetzungen. Die Stadt Brüssel liefert hier ein gutes Beispiel. Die Generalstatthalterin entzog den im städtischen Großen Rat vertretenen neun Zünften das Versammlungsrecht, als sie eine Bede ablehnten. Das war ein unerhörter Vorgang, der tatsächlich die Qualität der Privilegienschändung hatte. Zwar blieb die Revolte aus, jedoch kam es 1532 zum Aufbruch wegen der vornehmlich durch die Außenpolitik Karls V. verursachten Teuerung auf dem Getreidesektor. Der Hungerrevolte gegen Getreidespekulanten folgte der Widerstand der Bürgerschaft gegen die Monopolstellung der Oligarchie im Stadregiment.

Die hier beschriebene Tradition der Widersetzlichkeit wird man als ein prägendes Merkmal der burgundisch-habsburgischen Städtelandschaft ansehen dürfen. Die Widersetzlichkeit als Kampf um Privilegien oder als Äußerungsform innerstädtischer Gegensätze darf sicherlich als eine einschlägige Vorübung zu jenem großen Aufstand gesehen werden, der schließlich das Auseinanderbrechen der burgundisch-habsburgischen Territorien zur Folge hatte - als eine Vorübung, die den Bildersturm und die folgenden Ereignisse nicht einmal mehr als ein besonders hervorzuhebendes Geschehen erscheinen lassen will. Zur Charakteristik der Städtelandschaft dieses Raumes zählt freilich noch ein anderes. Die stadtbürgerliche Landschaft des burgundisch-habsburgischen Raumes entwickelte in einem säkularen Prozeß ein Nebeneinander von Emanzipation und wirtschaftlichem Erfolg und in diesem Zusammenhang zugleich ein Bewußtsein, in dem Erfolg und erhöhte Krisenanfälligkeit aus enttäuschter Erwartung zwei eng miteinander verbundene Phänomene waren. Es sind dies die Faktoren, die der Landschaft neben der Konfrontation von Privileg und Ausbau zentraler Staatsgewalt und neben der nachgerade traditionellen Widersetzlichkeit das politische Gepräge gegeben haben. Dieses Wechselverhältnis von wirtschaftlicher Struktur, Wirtschaftsprozess und Emanzipation, Erfolg und erhöhter Krisenanfälligkeit, ist näher zu erläutern und somit dem Geschehen des Aufstandes gegen Philipp II. als weiterer ursächlicher Faktor hinzuzufügen. Im Anschluß an jüngste Erkenntnisse des Wirtschaftshistorikers H. van der Wee sollte der Aufstand unter dem Aspekt langfristiger Entwicklung als ein Ergebnis geistiger Emanzipation und eines spektakulären Wachstumsprozesses der niederländischen Wirtschaft im 16. Jahrhundert gesehen werden. Beide Bereiche standen in enger Beziehung zueinander, insofern der emanzipatorische Gedanke nicht auf eine geistige Elite oder religiöse Gruppe begrenzt blieb, in der das auctoritas-Argument keine Geltung mehr hatte, sondern auf sehr viel breitere Schichten der Bevölkerung übergriff. Durchaus einsichtig ist die These, daß das Wachstum der niederländischen Wirtschaft im 15., vornehmlich aber im 16. Jahrhundert die gesamte Bevölkerung für eine Beschleunigung des geistigen Emanzipationsprozesses vorbereitet habe. Das heißt, es bestand eine enge Relation zwischen Emanzipation und Wohlstand. Dem außergewöhnlichen Wachstum der niederländischen Wirtschaft, schon unter den Burgundern beginnend und gleichsam unter der Führung des Antwerpener Welthandels sich fortsetzend, entsprach eine erhebliche Erweiterung der städtischen Mittelschichten, die neue, hoch spezialisierte Gewerbebranchen an die Stelle der allmählich verfallenden Tuchindustrie setzten und gleichzeitig den Dienstleistungssektor erweiterten. Verstärkung der städtischen Mittelklasse hieß auch zugleich Ausbreitung eines höheren Lebensstandards für weitere Bevölkerungskreise. Insgesamt stieg durch Rückgang der offenen und versteckten Arbeitslosigkeit und durch Anstieg der gewerblichen Produktivität das Pro-Kopf-Einkommen. Parallel zum Anstieg und zur starken Verallgemeinerung des Wohlstandes entwickelte sich auch das Schulwesen. Die Zahl der Schulen für Kinder aus den Mittelschichten wuchs an. In Antwerpen gab es um 1560 etwa 150 private, von Laien geführte Schulen, auf denen neben "Wallonisch" und "Diets" Geometrie und Arithmetik gelehrt wurden. Das Buchdruckgewerbe, das Lehrmaterial für Handel und Gewerbe auf den Markt brachte, nahm dadurch einen erheblichen Aufschwung. Hier haben wir es mit einer Entwicklung zu tun, die sich parallel zum humanistischen Bildungsstreben vollzog.

Zum wirtschaftlichen Aufschwung als Voraussetzung von Emanzipation und zur Ablehnung jedweder Restriktion trat die mentale Auswirkung der konjunkturellen

Entwicklung. Von Bedeutung erscheinen der neueren Forschung die interdezentralen Wellen mit ihrem ganz spezifischen Charakter: den sehr starken Aufschwungphasen im Rahmen des säkularen Wachstums der europäischen Wirtschaft und den relativ schwachen Abschwungphasen. Als wichtige Aufschwungphasen werden die Perioden 1495 bis 1525 und 1540 bis 1565 angeführt. Während die erstgenannte Phase ein eher stetes Wachstum verzeichnete, in dem der Antwerpener Handel zwar schon eine entscheidende, aber noch keine alles beherrschende Rolle spielte und darüber hinaus die Landwirtschaft einen erheblichen Produktivitätsanstieg melden konnte, verlief die zweite Phase eher heftig. Typisch für sie war die starke Einbeziehung des städtischen und ländlichen Gewerbes in den von Antwerpen aus dirigierte Welthandel bei gleichzeitiger Entwicklung von Spezialerzeugnissen in den Städten und der Produktion für den Massenbedarf auf dem Lande. Vor allem der ländliche Arbeitsmarkt erlebte Spannungen, die durch technische Neuerungen nicht aufgefangen werden konnten, so daß angesichts des auf die städtischen Zentren konzentrierten Bevölkerungsanstiegs Getreide aus den baltischen Ländern eingeführt werden mußte. Das hieß einerseits Ausbau etwa der holländischen Handelsflotte und bedeutete andererseits schnellen Anstieg der Getreidepreise. Dies bedeutete aber auch, daß die Einfuhren den erhöhten Bedarf nicht decken konnten. Darüber hinaus beteiligten sich nun auch erstmalig Mittelschichten am Fernhandel. Diese stießen zugleich auf das Hindernis des spanisch-portugiesischen Monopols im interkontinentalen Verkehr. Vermutet wird, daß diese strukturelle Behinderung gegenüber einer expandierenden Wirtschaft schon in den 60er Jahren zu Frustrationen der niederländischen Händler und zur Entwicklung eines Widerstandsgeistes gegen veraltete Strukturen geführt hat. Aber das war eben eine Struktur-, keine Konjunkturfrage.

Die Einbeziehung breiter Mittelschichten in den initiatorischen und innovativen Wirtschaftsprozeß hatte auch Konsequenzen für politische Verhaltensweisen. Da setzte zunächst eine Wohlstandseuphorie nach dem Frieden von Cateau-Cambrésis ein, der eine gewisse Entspannung brachte und Aussicht bot, daß die staatlichen Bedürfnisse sich zumindest auf dem militärischen Sektor in Grenzen halten würden. Es folgte die starke Expansion des atlantischen Fernhandels mit allen Folgen für die Binnenwirtschaft, die bald nicht mehr auf Arbeitskraftsreserven zurückgreifen konnte und in der die ohnehin seit den 40er Jahren steigenden Löhne in die Höhe schnellten und selbst die Preise hinter sich ließen. Die Phase der Ernüchterung folgte 1563/64, als die brabantische Veredelungsindustrie in krisenhafte Schwierigkeiten geriet. Die Abwertung des deutschen Talers beschnitt nicht nur den Wert des Spargeldes der Mittelschichten, sondern hielt auch die deutschen Kaufleute fern, mit allen Konsequenzen für Handel und Gewerbe. Das Baufieber sank in dieser Phase erheblich. Der strenge Winter von 1564/65 erhöhte die Heizkosten für die städtischen Haushalte spürbar, was wiederum ein Absinken der Nachfrage nach Gebrauchsgütern nach sich zog. Arbeitslosigkeit war die Folge. Die Löhne sanken in Stadt und Land ab 1564 beträchtlich. Allerdings wäre es falsch, von einer wirklichen Katastrophe zu reden, da ab Dezember 1565 auch die Getreidepreise wieder sanken. Auf diesen Voraussetzungen ist durchaus die Vermutung aufzubauen, daß die Krise nicht zu extremer materieller Not führte, sondern eher als Bedrohung des Wohlstandes empfunden wurde und somit eine schließlich politisch relevante psychische Komponente hatte. Diese Wirtschaftskrise fiel in die Zeit einer zum Höhepunkt treibenden Autoritätskrise nach der Entlassung des Kardinals Granvelle aus dem Staatsdienst. Zugleich breitete sich die calvinistische

Lehre aus und nahm in nachgerade hektischer Form organisatorische Gestalt an. Der explosive Übergang zum neuen Bekenntnis läßt sich freilich aus den wirtschaftlichen Aspekten der Lehren des Reformators nicht erklären, da diese gegenüber Hergebrachtem nichts Neues enthielten. Auch die Vermutung, es könne sich um neue und tiefe Religiosität handeln, ist nur mit Vorsicht zu äußern, da der Rücklauf zum Katholizismus nach der militärischen Niederlage der Geusen bei Rijssel (Lille) im Dezember 1566 sich recht massiv entwickelte. Van der Wee nimmt an, daß die Anziehungskraft angesichts der als möglich empfundenen Bedrohung des Wohlstandes an der Ablehnung der hierarchischen und solidaristischen Struktur des christlichen Mittelalters gelegen habe. Als Alternative sei angeboten worden die rational funktionierende Laiengesellschaft mit der Lebensregel: "Der Aufstieg dem Talent" ("La carrière ouverte au caractère"). Eine solche Auffassung entsprach in der Tat nicht nur dem Boom der vergangenen Jahrzehnte, sondern konnte auch bei fehlenden Ausgangsbedingungen zur Verwirklichung solcher Auffassung den Widerstand fördern, zumal das Widerstandsrecht - wenn auch nicht in individualisierter Form - in der rezipierten Lehre enthalten war. Eine solche Deutung der Ursachen des niederländischen Aufstandes fügt sich ein in die revolutionstheoretische Analyse des amerikanischen Wissenschaftlers James C Davies, der festgestellt hat: "Revolutionen sind dann am wahrscheinlichsten, wenn eine anhaltende Periode tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Wachstums von einer kurzen und schweren Rezession abgelöst wird ... Derartige Ereignisse wirken sich auf das Bewußtsein der Menschen in einer bestimmten Gesellschaft aus: Während der Wachstumsperiode wird die Erwartung genährt, man sei auch zukünftig in der Lage, seine steigenden Bedürfnisse zu befriedigen. Während der Rezession, wenn die Realität und diese optimistischen Erwartungen auseinanderklaffen, greifen Angst und Frustration um sich ... Der entscheidende Faktor ist die vage oder spezifische Befürchtung, daß das, was über einen langen Zeitraum hinweg gewonnen wurde, schnell verlorengelangen könnte." Dieses Phänomen wird gegenwärtig in der sogenannten J-Kurve zusammengefaßt. Sie deutet an, daß sich tatsächliche Bedürfnisbefriedigung und Erwartungshaltung parallel entwickeln. In einer Krise jedoch bleibt die Befriedigung zurück, während die Erwartungshaltung gleichförmig weiter verläuft. Es entsteht eine Diskrepanz zwischen Erwartung und Realität, die bei einem bestimmten Spannungsgelände durch gewaltsames Aufbegehren aufgehoben werden soll.

Die hier vorgewährten sozialökonomischen Grundlagen und die damit verbundene Fortentwicklung bürgerlicher Selbstbestätigung waren sicherlich wichtig für den Aufstand, als ebenso erheblich müssen auch die "konstitutionelle" Veränderung und die religiösen Neuheiten angesprochen werden. Es war sicherlich unklug von dem spanischen und damit landfremden Landesherrn in einem Gebiet der "parzellierten Souveränität" (Perry Anderson) eine Zentralisierungs- und Professionalisierungspolitik durchzuführen, die zwar nicht neu war, aber doch an Intensität gewann. Sie sollte durchgesetzt werden in einem Raum der kleinen Einheiten und der deutlichen Entscheidung für politische Selbstbestimmung, die ihr politisches Vertrauen zunächst in die Kräfte der eigenen Landschaft setzte. Die städtisch-ständische Selbstbestimmung hieß Offenheit für Einflüsse von außen, hieß Innovation für Handel, Gewerbe, Wissenschaft und geistige Bildung gleichermaßen, wie das auch in der humanistischen Lehre von den Möglichkeiten des Menschen dargestellt wurde. Eine Landesherrschaft, die diese Denk- und Empfindungsvoraussetzung eines wirtschaftlich darüber hinaus überaus starken Raumes nicht begriff, mußte sich immer wieder neu in Frage stellen

lassen. Das hatte schon für die Burgunder gegolten, es galt erst recht für die Habsburger, vor allem eben für Philipp II, dessen mentale Differenzen und völliges Unverständnis für diese Territorien im Nordwesten Europas mehr als deutlich waren. Die Strenge der auf frühabsolutistische Herrschaftsform zielenden Politik Philipps II, die damit verbundene Prinzipienhaftigkeit in weltlichen und geistlichen Fragen, die sich eben auch aus dem engen Verbund von katholischer Kirche und weltlicher Macht ergab, stieß in dieser nordwesteuropäischen Städtelandschaft auf die *Négligence* und *Nonchalance* der Magistrate, die die Ketzerverordnungen, wie die katholische Seite klagte, nicht in aller Rigorosität anzuwenden gedachten. Tatsächlich hätte dieses und nicht die Strenge das Prinzip des Landesherrn oder seines Brüsseler Vertreters sein müssen, weil für den im burgundischen Kreis zusammengefaßten Raum Prinzipienhaftigkeit nie eine *Maxime* gewesen war und auch in Zukunft nicht werden sollte.

Der Aufstand, der in den südlichen Provinzen des burgundisch-habsburgischen Reiches seinen Ursprung hatte und von dort auf den Norden übergriff, darf als Erhebung gegen politische und religiöse Unterdrückung gewertet werden, die mit der Ankunft von Alba in den Niederlanden eine gewisse Systematik erhielt. Es handelt sich hier zunächst und vor allem um Aufstand gegen eine Fremdherrschaft, die letztlich zwar Tradition hatte, aber eine Veränderung der Strukturen von den Bedürfnissen der Madrider Zentrale her anpeilte und die in Jahrhunderten gewachsenen Verhältnisse im Nordwesten Europas nicht recht berücksichtigte. Zunächst war es ein Aufstand von Eliten, die diesen Wechsel am ehesten empfanden, und es war sicher kein Aufstand, der auf totalen Umsturz der Verhältnisse zielte. Nur so erklärt sich die abstruse Behauptung, man kämpfe nur gegen Alba und nicht gegen den spanischen König. Der Aufstand war letztlich ein nach außen gerichtetes Ereignis, das einen Krieg nach sich zog, der erst 80 Jahre später beendet war. Nach innen enthielt die Erhebung nur ein konservatives Geschehen, das nur *eine* wesentliche Umkehrung der Verhältnisse mit sich brachte: Der Ausschließlichkeitsanspruch der katholischen Kirche wurde durch eben diesen Anspruch der reformierten, calvinistischen, Kirche ersetzt. Die neue Kirche trat an die Stelle der alten - freilich nicht mit der Rigorosität der Repression oder gar des Scheiterhaufens für den Andersdenkenden. Die häufig in der Literatur apostrophierte Konsolidierung der Republik war dann auch nichts anderes als eine Fortschreibung des bisherigen minus Monarchie. Als das wirklich Erstaunliche und Besondere sind der überaus rasche wirtschaftliche Aufstieg, die kulturelle Blüte und die Festigkeit der außenpolitischen Position anzumerken.

Es ist nun ein auffälliges, vielleicht auch merkwürdiges Kennzeichen dieses Kontinuitäts- und Konsolidierungsprozesses, daß der Faktor Widersetzlichkeit, der das 15. und 16. Jahrhundert durchaus mitgeprägt hat und der immer mit einem hohen Maß an Gewaltanwendung verbunden war, im 17. Jahrhundert zwar nicht verschwunden ist, jedoch als Ausnahme dargestellt werden muß. Gewiß, es hat immer kleine Unruhen gegeben, das ganze Jahrhundert hindurch, aber von prinzipieller Widersetzlichkeit kann einfach keine Rede sein - und dies in einer Zeit, in der sich die politischen Strukturen ganz umfassend zugunsten einer regentistischen Elite verschoben, die sich sozusagen immer wieder selbst neu zeugte. Die Konzentration politischer Macht auf wenige Regenten der Städte hieß doch Ausschaltung immer breiterer Bevölkerungsschichten aus dem politischen Entscheidungsprozeß. Ton Zwaan stellt die völlig berechtigte Frage, ob man nicht auf den von Johan Oldenbarnevelt zu Beginn des 17. Jahrhunderts gepriesenen schwach entwickelten Sinn der Niederländer für Gewaltanwendung

zurückgreifen müsse, der für den niederländischen Landescharakter so kennzeichnend sei. Oldenbarnevelt soll gesagt haben: "Wir sind zum Kriege nicht geneigt, so wenig, daß wir auch, wenn ein Krieg uns drohte, unsere Kinder und Freunde, so viel wir vermochten, abseits gehalten und davon abgeraten haben." Und Johan Huizinga hat drei Jahrhunderte später auf den "... geringen militärischen Charakter des niederländischen Volkes" hingewiesen. Wenngleich man vom Abwehrkampf belagerter Städte in der Anfangsphase des Aufstandes weiß und wenngleich darauf hinzuweisen ist, daß die Kriegsschiffahrt ganz wesentlich von niederländischen Seeleuten betrieben wurde, dann ist der Aussage über das gering entwickelte Verhältnis zu kriegerischer Gewaltanwendung in der frühen Neuzeit durchaus zuzustimmen, und es ist sicher richtig, wenn Ton Zwaan behauptet, daß die Kämpfe im 80jährigen Krieg letztlich mit "gemietetem Leben und Blut fremder Soldaten" geführt worden seien. In einem von dem Militärhistoriker Spits vorgelegten Memorandum von 1568 hieß es doch schon: "... car nous trouvons toujours que des gens de ce pays sont plus dediés et affectionés à l'industrie que à la guerre". Die geringe Bereitschaft zu militärischem Kampf muß auf jeden Fall für den Landkrieg attestiert werden - der Kampf zur See war eine ganz andere Kategorie -, aber sie ist doch nur eine Spielform der Gewaltabstinenz, die zwar nicht allgegenwärtig war, immerhin jedoch der innerstaatlichen Entwicklung im 17. Jahrhundert das Gepräge gab. Ton Zwaan hat in Anlehnung an Untersuchungen von Henri Pirenne und Mark Bloch zur mittelalterlichen Gesellschaft darauf hingewiesen, daß sich in Westeuropa doch früh eine im Gegensatz zu Rittern, Klerikern und Hörigen stehende "erste Blüte der städtisch-bürgerlichen Kultur" entwickelt habe, getragen von kleinen Gruppen von Handwerkern und Kaufleuten, mit im Kern einer Pflege von Idealen einer "persönlichen Freiheit im Gegensatz zur dienstbaren Gebundenheit", von Idealen auch der "Ordnung und Sicherheit gegenüber Unordnung und Gewalttätigkeit". Es galt zunächst, solche Ideale abzurufen. Dank der zunehmenden Anerkennung der Stadtrechte sei persönliche Freiheit zum rechtmäßigen Status der Bürger geworden. "Für die städtische Gesellschaft, die auf Handel und Gewerbe beruhte, mußten nun neue Gesetze, Rechte und Pflichten erarbeitet und friedliche Mittel der Konfliktregulierung ermittelt werden."

Für die norditalienischen Verhältnissen gleichzusetzende Städtelandschaft des Nordwestens Europas erklärt dies das geringe Verhältnis zur Gewalt oder die "Vermietung" gewaltsamer Maßnahmen an andere, aber es bietet keine hinreichende Handhabe für die Deutung von Abstinenz im Innenverhältnis, war doch bis weit in die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts hinein die aufständische Unruhe ein Kennzeichen der Region. Gewiß, es gab kleinere Aufruhren im Laufe des gesamten Jahrhunderts, so in Maassluis 1610 oder in Delft 1616. In letztgenanntem Ort beherrschte der Gegensatz "arm-reich" die Szene. Solcher Gegensatz mußte aufbrechen, wenn anlässlich der benötigten Gelder für die Anlage eines Binnenkanals die Kornsteuer erhöht, die Abgabe für Wein aber gesenkt wurde. Truppen des Statthalters schlugen den Aufruhr nieder. Harte Strafen für Rädelsführer folgten. Ähnliche Aktivitäten aus ähnlicher Motivation entwickelten sich 1624 in mehreren holländischen Städten, bis hinein ins 18. Jahrhundert. Diese Formen des kleinen Aufruhrs freilich haben nichts mit Widersetzlichkeit gegen politische Fehlentwicklung zu tun, die sehr wohl gesehen, aber nicht wirklich bekämpft worden ist. Unter politischer Fehlentwicklung sei hier der Verlust an politischer Mitbestimmung verstanden. Die in den städtischen Privilegien verordneten Mitbestimmungsrechte für Gilden und Zünfte aus der burgundischhabsburgischen Zeit

gerieten doch total in Verfall, nachdem sie bereits vor dem Aufstand häufig Anlaß zu scharfen innerstädtischen Auseinandersetzungen gewesen waren. Der Verfallsprozeß begann auf dem Verordnungsweg, als die holländische Ständeversammlung von 1581 beschloß, daß die Stadtregierungen bei Angelegenheiten, die das ganze Land betrafen, nicht mehr mit Schützengilden oder anderen Korporationen beraten sollten. Aber bald geriet auch die Einbeziehung der Gilden bei rein städtischen Angelegenheiten aus der Mode. Joost van den Vondel, durchaus ein Freund der Regenten, formulierte einmal, welchen Sinn das alte heilige Recht habe, das mit goldenen Lettern auf Pergament geschrieben stehe, wenn kein Bürger es je gelesen habe, geschweige denn in den Genuß der Bestimmungen gekommen sei. Doch das von Vondel apostrophierte heilige Recht kam schon unmittelbar nach Begründung der Republik heftig ins Gedränge, als Graf Leicester versuchte, Macht zu erlangen und die Zuweisung von Souveränität zur Diskussion stand. Es entspann sich jene Auseinandersetzung zwischen Thomas Wilkes, dem Mitarbeiter Leicesters und Mitglied des Staatsrates, und François Vranck, dem Syndikus der Stadt Gouda, um die Begriffe "Volk" und "Souveränität".

Einerseits förderte in den frühen Jahrzehnten der Republik privilegienrechtliche Unwissenheit die politische Aristokratisierung seitens der Regenten, andererseits wurden auftauchende Forderungen von Bürgern nach Veröffentlichung von Privilegien unterlaufen. Es kam vor, daß das Privilegienbuch schlicht unauffindbar war, und dort, wo außerhalb der "Vroedschap" tatsächlich noch andere Gremien etwa an der Bürgermeister oder Schöffenwahl teilnahmen, waren diese Gremien schon fast ausschließlich mit Vertretern der Regentenfamilien besetzt. Das war in Dordrecht so, auf eine ähnliche Situation traf man in Middelburg, Tholen oder Zierikzee. Wo nicht die Regentenfamilien dominierten, waren es durch den ungewöhnlich hohen Wahlzensus jene reichen Bürger, die unmittelbar unter der Regentenschicht standen. Auch der sogenannte Boongang, ein Verfahren bei der Bürgermeisterwahl, war in den meisten holländischen Städten von den Regenten beherrscht oder gänzlich abgeschafft.

Es gab in jenen Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts eine reiche Kritik am Regentensystem allgemein oder an einzelnen Personen. Aber wie die Forderungen, den Privilegien Geltung zu verschaffen, vergeblich blieben, so wurde auch offiziell vorgetragene Kritik an oder Anzeige gegen hohe Amtspersonen abschlägig beschieden; eine solche Anzeige kam gar nicht erst zur Behandlung. Abgesehen davon, daß Kritiker sogleich in die Kategorie der "Spitzbuben" eingereiht und damit abqualifiziert wurden, lautete bereits 1620 die Antwort der holländischen Stände auf eine dort vorgetragene Einzelkritik an einigen Beamten, daß dies nicht zulässig sei, da sonst überall Kritik an Magistratspersonen vorgetragen werden könne. Diese sehr einfache "Wo kämen wir denn da hin"-Haltung sagt manches über Selbstbewußtsein und Selbstverständnis der herrschenden Elite. Daß Magistratspersonen aufgrund der öffentlichen Meinung ohne gerichtliche Entscheidung aus ihrem Amt entlassen wurden, kam zwar vor, jedoch nur selten. Generell verstanden die Regenten eine Anerkennung von Kritik oder gar ein Nachgeben als ein Zeichen von Schwäche, immer mit dem Hinweis auf die Folgen. Lasse man sich nämlich auf Forderungen des Volkes oder seiner Petenten ein, dann werde dieses Volk auch in den Provinzialständen bald den Ton angeben. Wer die Verantwortung trage, so hieß es, der solle auch bestimmen. Das waren klare und patriarchalische Ausgangspunkte, die im übrigen nicht allzu sehr strapaziert wurden: die Regenten als Herrscher, der Bürger als Untertan. In allen holländischen Städten war es verboten, öffentliche Versammlungen abzuhalten; das Volk sollte von keiner

Institution, auf welche Weise, zu welchem Zweck und bei welcher Entscheidung auch immer, herangezogen werden. Es war sicherlich so, daß im Zuge der Ämtervergabe bei der Verteilung der niederen Ämter die mittleren Bürgerschichten ebenfalls profitierten, so daß gewisse Vorteile der Regentenschicht an nicht zu ihr gehörende Gruppen weitergereicht wurden. Aber erklärt das die relative Ruhe in den Städten, wenngleich manches Ärgernis über Regentenherrschaft in der Öffentlichkeit in Form von Flugschriften kolportiert wurde? Es zählte zum Positiven, daß die Regenten einigermaßen durchgängig eine Lebensmittelpreis- und Sozialpolitik einschließlich des Wohnungsbaus führten, die darauf gerichtet war, die Versorgung der Bevölkerung, vor allem der geringer Bemittelten, sicherzustellen. Das mag zur Aufrechterhaltung der Ruhe beigetragen, vielleicht den Stachel aufreizender öffentlicher Präsentation von Reichtum, wie sie sich in äußerlichen Attributen manifestierte, entschärft haben. War es bei den mittleren und unteren Schichten Furcht vor der herrschenden Elite, war es etwa Einsicht in die Vergänglichkeit, Kritik in Veränderung umzusetzen? Die Tatsache, daß die Forderung nach Einsichtnahme in die alten Privilegienbücher mit dem Hinweis auf Unauffindbarkeit der Dokumente abgeßeigt wurde und derartige Antworten keine weiteren Folgen hatten, war eigenartig, weil somit alte Rechte sang- und klanglos in der Schublade verschwanden, die man nicht mehr öffnen wollte.

Ein wirklich politisch geprägter Aufruhr ereignete sich in Dordrecht in den 40er Jahren, der hier kurz vorgestellt sei. Anlaß war der Rechtsstreit zwischen einem Kommüller und der Stadt. Der Müller wurde von einem Advokaten verteidigt, der zwar zum Stadtrat, jedoch nicht zu den alten Regentenfamilien gehörte. Das störte die familiäre Verflechtung bei städtischer Exekutive und Rechtsprechung und endete mit der Vertreibung des Advokaten aus der Stadt. Diese Maßnahme erwies sich als Fehlgriff, denn nun brach alle aufgestaute Unzufriedenheit der nichtregentistischen Bürgerschaft durch. Die Vertreibung des Advokaten war nur der Anlaß zu den allgemeinen politischen Forderungen nach Mitspracherecht der Gilden. Der Bürgermeister wurde ein Übersouverän genannt, der mit dem Eid spiele wie Kinder mit Würfeln. Unter den Denkvorbedingungen der Zeit konnte es freilich niemanden wundern, daß die Forderungen der Gilden bei den Provinzialständen auf Ablehnung stießen, da die Bürger ihren nach Gesetz und Recht gebildeten Regierungen nicht widersprechen durften. Was sich in Dordrecht ereignete, kann den Gesamteindruck von der relativen Ruhe im Lande kaum beeinträchtigen. Dabei hatten die Forderungen in Dordrecht, die sich auch in zahlreichen Flugschriften äußerten, gar nichts Umstürzlerisches. Sie waren lediglich ein Rückgriff auf Überkommenes, dann Überschlagenes. Umstürzlerisch wirkten sie nur gegenüber einer unnachgiebigen, fast schon eine Tradition pflegenden oligarchischen Familienherrschaft, gegenüber einer Art "in-crowd". Man hat in den nicht zu den Regenten gehörenden Schichten die Insuffizienz der Verhältnisse durchaus empfunden, jedoch keine Initiative entwickelt, um das eigene Unbehagen durch neue politische Realitäten aufzuheben. Angesichts der Widersetzlichkeiten in der burgundisch-habsburgischen Zeit und auch im Hinblick auf die Tatsache, daß die Republik aus einem Kampf um altes Recht entstanden war, ist das durchaus bemerkenswert.

Insgesamt zeigte die Republik den Bürger als Untertan. Die materiell sowie von der Familientradition her minder Qualifizierten gehorchten. Der Ruf nach Ruhe und Ordnung brauchte nur selten zu ertönen. Im Hinblick darauf ist zu fragen, ob dieser Haltung nicht auch ein hohes Maß an Selbstzufriedenheit bei den Mittelschichten

zugrunde gelegen haben kann, eine Selbstzufriedenheit, die sich nicht bloß aus dem Anfangserfolg des gelungenen Aufstandes, sondern auch aus den weiteren militärischen und wirtschaftlichen Erfolgen gespeist hat? Wurde hier möglicherweise die starke Position und Anerkennung des Landes in der europäischen Welt im Innern reflektiert? War außenpolitischer Erfolg eine Voraussetzung für Ruhe? Haben der Kampf gegen Spanien und wenig später der Streit gegen England und Frankreich ein starkes Bewußtsein von Gemeinsamkeit geschaffen, das das Potential an innerer Konfliktbereitschaft verdrängte? Es war auffällig, daß der innere Konflikt zum Austrag kam, wenn das Land außenpolitisch bedroht erschien. Das war 1672 so, wiederholte sich 1747/48 und um 1780. Da wankte die Position der Regenten, die sich stets als Beschützer des Landes aufwarfen und in der Publizistik nicht anders gesehen wurden. Im Zusammenhang mit Widersetzlichkeit und Gewaltbereitschaft mit dem Ziel der politischen Änderung ist die Frage nach politischen Führungskräften zu stellen. Festzuhalten bleibt, daß die republikanische Gesellschaft weder in der Oberschicht und schon gar nicht in der Mittel- und Unterschicht den aus seiner Umgebung losgelösten, gleichwohl den Weg bestimmenden politischen Führer zeugte.

Die Niederlande, die in Kultur und Wissenschaft Außergewöhnliches hervorbrachten, viele führende Köpfe ihr Eigen nannten, ja, als der Hort der europäischen "République des Lettres" des 17. Jahrhunderts genannt werden dürfen, blieben eine Nation, in der politische Spitzen im definierten Sinne nicht recht gediehen. Es will scheinen, als habe das Kollegialsystem als das wesentliche Strukturmerkmal der Republik von vornherein eine auf eine Person zugeschnittene Führung unterbunden. Geht man zu weit in der Annahme, daß das imperative Mandat, das die Konstitution der Zeit beherrscht und dennoch nur Auftragsarbeit, nicht aber Individualentscheidung bedeutet hat, eine Konsequenz des Kollegialsystems gewesen ist? Semantisch betrachtet ist "Overleg plegen" ein schon in jener Zeit gepflegter, bis heute das politische Leben mitbeherrschender Begriff, der in sich ein hohes Maß an Mäßigung enthält. Eine gewisse Störung der Ruhe, die freilich nicht lange dauerte, brachte der Aufruhr von 1672. Der gewalttätige bis todbringende Aufruhr von 1672 widerspricht dem Wort von der relativen Ruhe ebensowenig wie das Dordrechter Ereignis, auch wenn die tobende Meute 1672 von einem ganz anderen Potential von einem ganz anderen Potential an Gewaltbereitschaft beherrscht war. Was da ablief, war eine Mischung aus den Folgen einer Angstpsychose angesichts französischer Siege und des aufgestauten Unmuts über das Regentenregime. Erst die Angst vor Fremdherrschaft ließ das Konfliktpotential zum wirklichen Konflikt anwachsen und Unterschiede bewußt werden, die in Zeiten der Gefahr nicht mehr ohne weiteres hingenommen wurden. Wo der reiche Bürger-Regent oder jedenfalls der hohe Amtsträger auf Booten, vollgeladen mit Hausrat, seinen Ort, seine Stadt, verlassen wollte, damit Furcht und Reichtum gleichermaßen zur Schau stellend, erregte sich die Volksseele. Das Wort vom Verrat kam auf. Verräter waren die Regenten, zumindest einige von ihnen, zum Beispiel die Brüder de Witt. Prediger traten auf, nicht nur jene, die zur neuen Frömmigkeit aufriefen, zu Bet- und Fastentagen, sondern auch solche, die das Volk aufwiegelten. Dazu gehörte nicht mehr viel, denn der Mob tobte und verteilte die Leichen der ermordeten Brüder de Witt stückweise. In Schmähchriften wurde die "Loevensteinse Factie" angegriffen, der Kern der Regenten aristokratischer Regierungsform. Da tauchten Forderungen auf, wie sie zwei Jahrzehnte zuvor in Dordrecht formuliert worden waren. "Die Freiheit ist unser", schrieb ein Rotterdamer, "unsere Obrigkeit haben wir aus unserer Mitte ge-

wählt, aber seit geraumer Zeit nehme diese an, daß ihre Macht aus ihr selbst hervorgegangen sei und die Freiheit ihr allein zukomme." Mancherorts wurde ein Reformprogramm gegen die bestehende Regierungsform aufgestellt, wurden Flugschriften verteilt, als Wandzeitungen verbreitet oder von Offizieren der Schützengilden dem Magistrat vorgelegt, was sich häufig in einer aufgeregten Szenerie vollzog. Die Familienregierung war in jenem Augenblick eine Institution, von der kein Hund mehr ein Stück Brot nehmen wollte. In einer Amsterdamer Flugschrift hieß es, sie sei ein Haufen verwöhnter und leichtfertiger Leute, die ihre eigene Schrift nicht lesen, was immer das heißen sollte. Wenn die Schützengilden aufgefordert wurden, daß jeder Einzelne eine Art Privilegienbuch neben der Bibel haben müsse, dann entsprach das dem alten Dordrechter Wunsch nach dem "Houten Boek", dem Privilegienbuch.

Was stand am Ende dieser so aufrührerischen Phase? Der Statthalter Wilhelm III. besetzte die städtischen Magistrate und Ratsgremien neu. Wer jedoch geglaubt hatte, daß sich angesichts der Aufrührerstimmung gegen oligarchische Regierungsformen Demokratisierungsansprüche durchsetzen würden, nunmehr mit Hilfe des Prinzen, mußte sich getäuscht sehen. Es änderte sich der Personalbestand, aber nicht die Sozialstruktur der zur Herrschaft Berechtigten. Wo beispielsweise die Schützengilden versuchten, Kontrollinstrumente gegen aristokratische Herrschaftsformen aufzubauen, blieb ihnen der Erfolg versagt. Wilhelm III. wurde eher auf einer Welle der Volkserregung emporgespült als auf einer Volksbewegung getragen. Er war zu viel Aristokrat, ein zwei Jahrzehnte lang umstrittener Regent, als daß er das richtige Verständnis für die politischen Forderungen seiner Zeit hätte aufbringen können, im übrigen zwielichtig, was seine Position beim Mord an den de Witt-Brüdern anging. Der Prinz war kein Neuerer, eher eine Gallionsfigur, ein Heilsbringer in Zeiten der äußeren Not, ein Kriegsmann also, aber zudem ein Wahrer der regentistischen Kontinuität. Die Ärgernisse der oligarchischen Regierungsform setzten sich fort.

Es ist ein seltsames Merkmal der niederländischen Republik, daß im Laufe der Jahrzehnte aufgestaute Antagonismen zwischen einzelnen sozialen Gruppen erst dann zu gewalttätigem Ausbruch kamen und die Gewaltbereitschaft konkretisierten, wenn - wie oben schon vermerkt - das Land von außen bedroht wurde und Niederlagen sich abzeichneten. Das war 1672 der Fall. Es wiederholte sich 1747 und in den 1780er Jahren. Wie im erstgenannte Jahr kehrten sich auch 1747 die Mittel- und Unterschichten, Pöbel, gegen die Regenten und riefen nach einem Statthalter, als im Zuge des österreichischen Erbfolgekrieges Frankreich in Staatsflandern einfiel. Bezeichnenderweise begannen die Unruhen in Seeland und setzten sich von dort in die andere See-
provinz, nach Holland, fort. Die Täter der Zusammenrottungen vor den Rathäusern und die Akteure der kleinen Gewalttaten stammten aus den gleichen Schichten wie 1672. Im Laufe der Bewegung, die bis 1748 dauerte, standen das gesamte Regierungsprinzip und die damit zusammenhängenden Steuer- und Eigentumsstruktur sowie die Korruption zur Diskussion. Die Geschichte der sogenannten "Doelisten"-Bewegung ist hier nicht zu erzählen. Bemerkte sei jedoch, daß sich die Mittel- und Unterschichten deutlich um eine Demokratisierung des oligarchischen Systems bemühten, bei der der Statthalter die Vorreiterrolle spielen sollte. Beim Einzug des Statthalters im September 1748 in Amsterdam eskortierten ihn die Schiffszimmerleute mit der Losung "Oranien und Freiheit". Die ganze Bewegung, deren Gewalt sich vor allen Dingen gegen Sachen gerichtet hatte, dann allerdings die Hinrichtung von Rädelsführern durch die öffentliche Gewalt hinnehmen mußte, scheiterte an der fehlenden Einheit zwischen Demokraten

und dem neuen Statthalter. Auch wenn es Anführer wie Hendrik van Gimnig und Daniel Raap gab, die sich um eine Einheit der Bewegung mühten, ist es doch nicht gelungen, wesentlich über den Zustand der Spontaneität hinauszugelangen.

Die Bewegung scheiterte, weil eine über den statthalterlichen Personal-, Macht- und Kreditwuchs hinausgehende Änderung der Herrschaftsstrukturen ausblieb. Sie war freilich insofern erfolgreich, als nunmehr die Diskussion um Alternativen nicht mehr verstummte. Die Bewegung der Doelisten verkörperte tatsächlich den Anfang einer demokratischen Strömung, die die Republik bis hin zur französischen Revolution beunruhigen sollte. Die Unruhe war gewiß nicht permanent, aber sie endete doch mit einem überaus heftigen Ausbruch mit Bürgerkrieg als Konsequenz, bei dem es nunmehr nicht nur um die traditionelle Auseinandersetzung zwischen Regenten und Statthalter ging, sondern in sehr verstärktem Maße um den Kampf von Oligarchie versus Demokratie. Die Bewegung der "Patrioten" gewann verglichen mit der "Doelisten"-Bewegung erheblich an Kraft, nicht nur, weil neuerlich eine außenpolitische Niederlage des Landes das Szenario schuf, sondern weil wirtschaftlicher Rückgang und damit zusammenhängend wachsende Armut das Gesicht der Republik prägten.

Das Hauptproblem der Zeit lag im politischen Bereich, in der Konfrontation von Beharrung und Mitbestimmung. Noch während des 4. Englischen Krieges brachte der aus adligem Geschlecht aus Overijssel stammende Johan Dirck van der Capellen tot den Pol einen neuen, die europäisch-atlantische Gedankenwelt zusammenfassenden Tenor in die Diskussion, als er den Aufruf "Aan het Nederlandse volk" verteilen ließ. Diese Flugschrift verdiente ihren Namen im wahrsten Sinne des Wortes: Am Morgen des 26. September 1781 war sie überall in den großen Städten der Republik zu finden. Die Verbreitung hatte der Täuferpastor François Adriaan van der Kemp für die Nacht zuvor organisiert. Unabhängig davon, ob man von der Capellen als Bürgerbaron oder als den Archetypus eines abtrünnigen Aristokraten à la Mirabeau oder Kropotkin bezeichnen will, das Pamphlet prangerte das politische System der Republik an und rief das Volk, die Nation, zu Veränderung auf. Wenngleich die Begründung der politischen Mitbestimmung an die staatstheoretischen Betrachtungen des 17. Jahrhunderts anschließt, indem der Autor einen Rückgriff auf eine bis zu den Batavern reichende Vergangenheit vollzieht, soweit es um den Kampf gegen Tyrannen und für die Freiheit ging, ist eindeutig festzuhalten, daß es hier um eine nicht zuletzt auch an der amerikanischen Revolution orientierte Flugschrift geht. Sie war in erster Linie ein gegen die Statthalterschaft gerichtetes Plädoyer, das sich zugleich für ein repräsentatives Regierungssystem aussprach. Das erfolgte in umständlicher Diktion, aber politisch geschickt dort, wo es sich um den für die Ablehnung der Statthalterschaft wichtigen Nachweis handelte, daß die Landesherrn geringere Befugnisse gehabt hatten, als sie die mit dem Statthalteramt bekleideten Oranier besaßen oder besessen hatten. Der Argumentationsstrang, soweit er die Frage statthalterlicher Machtgier betraf, schloß sich dem Flugschriftenstreit aus der ersten statthalterlosen Periode an und machte auch vor dem "Vater des Vaterlandes" nicht halt. Zu stark wurde jetzt wohl die drückende Last der Statthalterschaft empfunden, als daß eine zwei Jahrhunderte alte Befreiungstat noch politisch relevanten Erinnerungswert hätte haben können. Und da die Kritik schon dem ersten Oranier galt, setzte sie erst recht bei seinen Nachfolgern ein: Das Haus Oranien als eine Cliquenerscheinung, die auf Souveränität versessen war. Es ist hier hinzuzufügen, daß solche Formulierungen sehr vermutlich unter dem Einfluß des

Amerikaners John Adams, dem Mitverfasser der Unabhängigkeitserklärung, entstanden sind, der sich seit 1780 in den Niederlanden aufhielt und enge Beziehungen zu van der Capellen tot den Pol, van der Kemp sowie Johne Luzac und Peter Vreede, ein künftiger Leiter der Batavischen Republik von 1798, pflegte. Dieser Kreis der sogenannten "Patrioten" und ihrer Sympatisanten in den Generalstaaten gewannen bei der Abstimmung über die Anerkennung der Vereinigten Staaten die Majorität. Adams hat mit seinen niederländischen Freunden einen wahren Propagandafeldzug durchgeführt. Es kam eine Sammlung amerikanischer Staatsdokumente, darunter die Verfassung von Massachusetts von 1780, auf den Markt, die wohl der Amerikaner nach Ansicht von Palmer besorgt hatte. Adams' *History of a Dispute with America*, die er 1774 geschrieben hatte, erschien ebenfalls in niederländischer Sprache. Adams war auch die Hauptperson in einem Gedicht von Adriaan Loosjes über die amerikanische Unabhängigkeit. Er spielte dort die Hauptrolle. Die Ablehnung der Statthalterschaft - und hier lag doch ein ganz wesentliches Problem - hieß bei van der Capellen freilich nicht volle Bejahung der Regentenherrschaft. Eben zu den Regenten bewies der Autor doch ein ambivalentes Verhältnis. Er tadelte einfach die Kontraktionspolitik der Regenten, auch wenn er Person und Politik des Oldenbarnevelt oder der de Witt-Brüder positiv zu zeichnen wußte. Allerdings fehlte der Kritik an der Regentenherrschaft jene Schärfe, die er für das Amt des Statthalters und seine Träger bereithielt. Lediglich die orangistische Faktion der Regenten prangerte er wegen egoistischer Machbesessenheit an. Gleichwohl sah er auch für die anderen die Gefahren der Verführung zum Mißbrauch von Macht gegeben. Um diesen Mißbrauch zu verhindern, plädierte er für Herrschaft und Kontrolle durch das Volk. Er definierte es: "... die Eingesessenen, Bürger und Bauern, die Mindervermögenden ebenso wie die Reichen, die großen und kleinen". Das war das Volk, die Nation. Die Begriffe waren Synonyma. Nach Ansicht des Autors schien die Zeit gekommen zu sein, das Volk als *Corpus politicum* einzubringen, was schon lange hätte geschehen müssen. Das Plädoyer für das Repräsentativ-System war in seiner Konzeption der Position des Thomas Wilkes in seiner Auseinandersetzung mit François Vranck vergleichbar. Der Unterschied bestand allerdings darin, daß von der Capellen vom naturrechtlichen Gedanken ausging. "Alle Menschen sind frei geboren. Niemand hat über den anderen zu bestimmen ... Wer intelligenter, stärker oder reicher ist, als der andere, erhält damit noch nicht das Recht, über den anderen zu bestimmen. Gott, unser aller Vater, hat die Menschen geschaffen, damit sie glücklich werden, und alle Menschen verpflichtet, so weit wie möglich, anderen zu helfen, um das Glück zu erreichen." Der Gleichheitsgrundsatz und die amerikanische Unabhängigkeitserklärung drangen hier durch. Dies war der Ausgangspunkt, mit dem sich der Baron nicht nur an die Faktion des Statthalters oder gegen diese richtete, sondern an die Regenten allgemein, die nicht abschätzig bewertet wurden, sich aber sagen lassen mußten, durch Kontraktion der Kompetenz auf eine kleine Clique die Interessen der Bürgergesellschaft - so definierte er "Nation" - vergessen zu haben.

Es ist in unserem Zusammenhang also festzuhalten, daß vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges sich eine neue, von der Aufklärung geförderte, auch wenn diese in den Niederlanden im wesentlichen christlich orientiert war, Bewegung und politische Richtung entwickelte, die über die übliche historische Rechtfertigung von politischen Verhaltensweisen hinausging und darüber hinaus den Begriff der Nation als Neuerung einführte. Die Schrift sprach sich doch häufig unter Hinweis auf die aufständischen Amerikaner und die Schweiz für ein Repräsentativsystem als Ausdruck der "natürl-

chen" Befindlichkeit der Menschen aus. Die neue Gedankenwelt hatte zudem etwas Unabdingbares, und von der Capellen trug es auch in dieser Form vor, so daß der Aufruf, sich zu bewaffnen, als folgerichtig apostrophiert werden kann. In der engen Verbindung von demokratischen Formen und Nation freilich waren jene Probleme vorprogrammiert, die schon ein Jahrhundert zuvor in der Konfrontation von regentistischer Elite und breiteren Bürgerschichten eine Rolle gespielt hatten. Der aggressive Gehalt der Broschüre lag tatsächlich in dieser hier angesprochenen Verbindung. Denn der immer wieder beschworene Begriff Nation war doch mehr als die Neuauflage eines politischen Begriffs aus der Zeit des "Goldenen Jahrhunderts". Der Unterschied gegenüber der Verwendung des "Vaterland"-Begriffes im 16. und 17. Jahrhundert lag politisch im offensiven Charakter des Wortes Nation. Wo sich Vaterland einst als ein aus der Abwehr des Tyrannen entstandenes Gemeinschaftsbewußtsein ohne genauere politische Definition oder soziale Zuweisung manifestierte, enthielt "Nation" nunmehr die Forderung nach politischer Realisierung von Entscheidungskompetenz aus Naturrecht und Tradition gleichermaßen. Außerdem erhob sie sich unter dem Einfluß aufklärerischen Denkens zu einem Tugendideal, das nur durch Tugend erhalten bleiben konnte. Es war nicht verwunderlich, daß der Chronist Johannes Meermann die Fortexistenz der Republik gerade zu dieser Zeit der göttlichen Hilfe, dem batavischen Heldenmut und den Möglichkeiten des Wassers zuschrieb, wurde doch mit dem Hinweis auf "Heldenmut" den allgemeinen Aufklärungselementen "Tugend, Wissen und Glück" eine alte vaterländische Tugend hinzugefügt. Es ist hier nicht der Ort, den 1787 ausbrechenden Bürgerkrieg, der die Provinzen spaltete und nicht zuletzt durch ausländische Intervention zugunsten der oranischen Partei beendet wurde, darzustellen. Zu bemerken ist hier, daß es zum einen um einen bewaffneten Umsturz ging, der systematisch vorbereitet wurde, es sich zum anderen um eine auf neuen Ideen, wie oben dargestellt, beruhende Bewegung handelte und daß zum ersten Mal eine Fortinterpretation des Freiheitsgedankens auftrat, die sich weniger an der statthalterlichen Machtkonzentration als vielmehr an der Kontraktionstendenz der Regenten stoßen mußte. Genau an dieser Stelle brach auch die zuvor einheitliche Bewegung gegen den Statthalter auseinander. Die Regentenkreise waren lediglich bereit, sich den statthalterlichen Ansprüchen zu widersetzen, nicht aber etwas von ihren Machtbefugnissen "nach unten" abzugeben. Letztlich haben wir es in dieser frühen Zeit schon mit einem Auseinanderdriften von Liberalismus und Demokratie zu tun, wie es sich endgültig im 19. Jahrhundert europaweit durchsetzen sollte.

Die "Patrioten"-Bewegung und der Bürgerkrieg sind Höhe- und Endpunkt niederländischer Widersetzlichkeit gleichermaßen. Höhepunkt, weil das aufständische Verhalten nicht einer Rechtfertigung im nachhinein bedurfte, sondern von vornherein von den Zielstellungen einer neuen Gedankenwelt geleitet wurde, Endpunkt, weil, wenn man einmal von der Gründung der Batavischen Republik absehen will, die man auch als späte Folge der "Patrioten"-Bewegung bezeichnen könnte, weder das 19. und schon gar nicht das 20. Jahrhundert Ähnliches vorzuweisen haben. Dies bringt uns zum Ausgangspunkt zurück, der revolutionären Abstinenz 1848 in einem revolutionsbereiten europäischen Umfeld. In dem Versuch, die Ursachen von Revolution in einer Definition zu erfassen, hat 1968 Eric Hoffer geschrieben: "Im allgemeinen wird behauptet, Revolutionen würden in Gang gebracht, um radikale Veränderungen herbeizuführen. In Wirklichkeit ist es gerade die drastische Veränderung, die den Boden für eine Revolution bereitet. Die revolutionäre Atmosphäre wird durch die

Provokationen, Schwierigkeiten, Begierden und Frustrationen geschaffen, die mit dem Vollzug einer drastischen Veränderung untrennbar verbunden sind. Wo die Dinge unverändert bleiben, dort besteht die geringste Wahrscheinlichkeit für den Ausbruch einer Revolution.“ Die hier apostrophierte Relation zwischen Wandel und revolutionärem Ausbruch oder revolutionärer Abstinenz ist ein sicherlich möglicher Ansatzpunkt der Analyse. Man wird sich auch im Nachhinein im Blick auf die “Patrioten“-Bewegung fragen müssen, ob sich diese Bewegung in eine solche Definition fügt. Chalmers Johnson hat gleichsam in Ergänzung und im Anschluß auch an Th. Winteringhams’ Untersuchungen zu militärischen Revolutionen ausgeführt, mit Revolution sei “vernünftigerweise” nur in einer Gesellschaft zu rechnen, die einen radikalen Strukturwandel durchmache und noch weitergehenden Wandel nötig habe. Ebenso wenig wie die Wechselfälle der “Patrioten“-Bewegung nacherzählt worden sind, kann es hier der Ort sein, die Entwicklung des Jahres 1848 oder der Jahre zuvor im Einzelnen darzustellen - das ist im Zusammenhang auch mit der belgischen Entwicklung von uns an anderer Stelle aufgezeigt worden -¹, vielmehr sei kurz auf die niederländischen Bedingungen einer Widersetzlichkeit im Sinne einer organisierten, lautstark verkündeten und gewaltbereiten Forderung nach Änderung der Verhältnisse zu diesem Zeitpunkt gefragt. Das heißt, es geht hier um den Gedanken an Umsturz, dem ein genau umrissener politischer Wille unterliegt. Bei den “Patrioten” war das vorhanden, in der Bewegung von 1848, der doch europaweit revolutionäre Wellen vorausgingen, fehlt es. Das heißt, ausgehend von den hier zuvor vorgetragenen Definitionen von Revolution und ihren Ursachen, in denen die Relation von Wandel und revolutionärem Umbruch definiert wird, geht es um den Umkehrschluß, um die Relation von fehlendem Wandel und revolutionärer Abstinenz. Die Entwicklung in den Niederlanden erfüllt den Umkehrschluß. Es gab schlicht und einfach einen Haufen Armut, der schon in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in der niederländischen Presse nachdrücklich bedauert wurden, und die für die ersten beiden Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts von Barthold Niebur beobachtet worden ist, aber es handelte sich nicht um eine neue Armut, die sich aus der Einführung frühindustrieller Produktionsmethoden etwa ergeben hätte. Überhaupt kann von einem sozialökonomischen Wandel im Sinne von Modernisierung der Industrie nicht die Rede sein. Das Interesse der Kapitalbesitzer lief nicht auf Innovation, sondern eher auf Investition im Ausland hinaus. Die Zeit der industriepolitischen Moderne war für das Land noch nicht angebrochen. Es ist zugleich hinzuzufügen, daß die Analyse von Ursachen und Konfigurationen des Wandels in einer Gesellschaft das Auftreten von Revolutionen und somit auch nicht ihr Ausbleiben erschöpfend zu erklären vermögen. Über soziale und wirtschaftliche Prozesse hinaus stellt sich in unserem Zusammenhang die Frage nach weiteren Faktoren für die niederländische Abstinenz, die sowohl auf die führenden Personen bei Beharrung und Wandel gleichermaßen abheben, den Grad der Öffentlichkeit des politischen Geschehens beachten, die Offenheit für Einfluß von außen sowie die Position eines Landes im internationalen Verband in Betracht ziehen. Das sei hier als Ansatzpunkt für weitere Forschung vorgegeben. Es ist hier lediglich festzustellen, daß trotz einer frühkonstitutionellen Ordnung kein staatsbürgerliches Bewußtsein geweckt wurde, wie es schließlich Thorbecke im Frühjahr 1848 bedauert hat. Das Land war sozial, wirt-

¹ Demnächst als Beitrag im Sammelband *Europa 1848. Reform oder Revolution*, der im Februar 1998 erscheinen wird.

schaftlich und intellektuell einfach nicht auf der Höhe der Zeit. Es fehlte ihm so etwas wie der Einstieg in die europäische Geistigkeit. Der britische Gesandte Bagot hat in den 20er Jahren in Kommentierung des Erscheinungsbildes niederländischer Politiker von "den alten Kerlen in den niederländischen Rathäusern mit schwarzen Mänteln und Kragen und Schlapphüten" hingewiesen, und damit war ein Ausbund an konservativer Einstellung klassifiziert und zugleich ironisiert. Es waren jedenfalls nicht jene Träger von Schlapphüten mit langen Bärten und wehenden Rockschoßen, wie sie Eric Hobsbawm für das vorrevolutionäre Europa schildert. Tatsächlich bildeten die Niederlande einen Staat ohne Eruptionen - von dem revolutionären Ausscheiden Belgiens sei hier abgesehen - in einer Zeit, die Hobsbawm auch als "Völkerfrühling" bezeichnet hat. Dieses Land kannte keine aufgeregten Studentenbewegungen, kein Hambacher Fest, keine "Société des Saisons". Die intellektuelle Anstrengung des Landes lag ganz wesentlich im konfessionellen Bereich, im Zusammenhalt der reformierten Kirche und in dem frühen Versuch der seit 1796 wieder zugelassenen katholischen Kirche, sich neu in die Gesellschaft zu integrieren. Es war so erstaunlich nicht, wenn die westfälische Dichterin Annette von Droste Hülshoff die Niederlande unter Begriffen wie Tradition, Eigentümlichkeit, Besonderheit, einreichte. Sie schrieb: "Die Niederlande ... dieser ... Landstrich ... bewahrt in der Natur seines Volksschlages einen Hort alles erklärender Eigentümlichkeit, der besser schützt als Gebirge". Zwar heben die Äußerungen der westfälischen Dichterin auf die schwierige Frage des Volkscharakters ab, aber es will angebracht erscheinen, diesen Faktor neben die fehlende Modernisierung und damit den fehlenden Innovationsschwung zu stellen, wie auch die Bedeutung einer frühbürgerlichen Existenz von mehreren hundert Jahren und die Aufnahme des damit verbundenen Konsensverhaltens in das kulturelle Gedächtnis zu untersuchen sind. Das würde die Abwesenheit von Radikalität im "Age of Extremes" (Hobsbawm) und ihre Folgen ebenso erklären, wie es die "Patrioten"-Bewegung zu einer Ausnahme macht.